

Rheinsberger Zeitung

Amtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.



Bezugs-Preis
in unserer Geschäftsstelle sowie bei den Abholstellen
und beim Bezuge durch die Post 1,00 Mark. Durch
den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht
1,10 Mark.

Für die Schriftleitung
verantwortlich
Carl Ebermann

Druck und Verlag
C. Ebermanns Buchdruckerei,
Rheinsberg

Anzeigen
für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend er-
scheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 5 ge-
heften Zeile oder deren Raum berechnet und bis
vormittags 10 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten.

Mr. 12

Fernsprecher

Dienstag, den 28. Januar 1930.

Nummer 37

36. Jahrgang

— Berlin, den 27. Januar 1930.

Chronik des Tages.

— Am heutigen Montag findet eine Aussprache zwi-
schen Regierungsgliedern und Fraktionsführern über die
Weidbaufrage statt.
— Ueber die strittigen Fragen im Rindholzgesetz ist
es nunmehr zu einer vollen Einigung zwischen den Regie-
rungsparteiern gekommen.
— Reichswehraminister Groener äußerte sich einem Jour-
nalisten gegenüber über die Stellung Deutschlands zur
Flottenkonferenz.
— Im Palais des Reichspräsidenten wurde ein ge-
meingefährlicher Gekisteskranker ergriffen und in eine Irren-
anstalt gebracht.
— In Berlin in Anhalt wurde der achtjährige Schul-
knecht Hans Jürgen Maack, Sohn des Zimmermeisters
Karl Maack, von einer unbekannten Frau in einem Auto
entführt.
— Das deutsche Motorschiff „Rhein“ ist an der Küste
der Moabener Insel, vor der Zarfelbat (Sudafrica), gestrandet,
wurde aber bald wieder flott.
— Im parlamentarischen Prozeß gegen den englischen
Finanzmann Harry wurde der Angeklagte zu zwei Jahren
Zwangsarbeit und 14 Jahren Zuchthaus verurteilt.
— In Basenoville (Kassonien) kam es zu blutigen
Massenmorden. Sieben Weiße, die Neger angriffen und
einen von ihnen tödlich verletzt hatten, wurden selbst
getötet.

Der deutsche Osten.

**Umfang und Ursachen der Notlage. — Der Wert der
Ostprovinzen an Wirtschaft und Volkskraft.**
Nachstehend veröffentlichen wir einen weiteren
Ausgang aus der Denkschrift der preussischen
Ostprovinzen.
Der verlorene Krieg hat dem deutschen Vaterlande
im Osten die tiefsten Wunden zugefügt. Welche
Grunderkrankung — einst die Kornkammer Deutschlands —
sind aus dem Bestande des Reiches herausgerissen,
brutale Willkür hat Ostpreußen vom Mutterlande ge-
trennt, die oberhalb der Industrie verarmt, Pomern
und die Mark Brandenburg zu Grenzländern
gemacht und Polens Grenzen bis auf eine Entfernung
von 164 Kilometern an die Tore der Reichshaupt-
stadt herangerückt.
Von dem geschlossenen Gebiet zwischen Ostsee und
der südlich-polnischen Grenze, das von jeher alter
deutscher Kulturort war, ist heute nur ein zer-
stücktes Land übriggeblieben, in dessen Gauen Not
und Sorge liegt, dem Kriege in jedem Haushalt woh-
nen. Denn die Folgen dieser Verluste an Gut und
Blut haben die Lebensbedingungen der Bevölkerung
in den übrigen Provinzen so schwer erschüttert, und
das Land in einen so harten, sich ständig noch ver-
schärfenden Existenzkampf geführt, daß heute alles dar-
auf ankommt, die Gefahr einer Zerrückung
des nationalen Gesamtlandes im Osten mit allen zu
Gebote stehenden Mitteln abzuwehren. Stillgelegte In-
dustrien, fehlende Verkehrswege und fehlende Kultur-
einrichtungen, wachsende Arbeitslosigkeit und damit
eine dauernd zunehmende Abwanderung, Zusammen-
brüche in allen Kreisen der Wirtschaft, schließlich die
geradezu zur Verzweiflung treibende Kritik der Land-
wirtschaft — das ist das tröstlose Bild von der Ge-
samtlage im deutschen Osten.

Welches sind die Ursachen dieses Notlandes?
Man vergegenwärtige sich zunächst, welche Verluste an
Menschen, an Land und wirtschaftlicher Leistungsfähig-
keit der deutsche Osten nach dem Kriege erlitten hat.
Durch die Gebietsabtretungen auf Grund der Di-
kate von Versailles und Genf haben die preussischen
Ostprovinzen eingebüßt an Menschen 4 375 000 gleich
26 vom Hundert, Gesamtfläche 5 100 000 Hektar gleich
28 vom Hundert!
Mit diesen riesenhaften Verlusten an Gebiet, Be-
völkerung und Volkseigenen wird ebenso sehr die
sozialpolitische wie die wirtschaftliche Nachstellung
Deutschlands im Osten betroffen. Denn die Zerrückung
der alten Ostprovinzen hat der östlichen Wirt-
schaft so schwere Schläge versetzt, daß ihr auf Jahr-
zehnte hinaus — treten nicht eben die geforderten
Hilfsmaßnahmen sofort und in ausreichendem Umfange
ein — jede Möglichkeit zu einer gebundenen Fortent-
wicklung aus eigener Kraft genommen ist. Das Ver-
kehrsnetz der sechs Ostprovinzen ist durch die wider-
willige Grenzschließung schwersten Schädigungen aus-
gesetzt worden, denn es sind nicht weniger als 68 Eisen-
bahnlinien, 144 Kanalarbeiten und 722 sonstige Land-
straßen einfach durchschnitten worden.
Es wird sich nun darum handeln, die Folge-
wirkungen der wirtschaftlichen Notlage im einzelnen
aufzuzeigen. Was zunächst die Erwindung der Ein-
kommensverhältnisse anlangt, so ist erwiesen, daß alle
preussischen Ostprovinzen — und nur diese — weit
hinter den anderen Teilen des Reiches zurückbleiben.
Verlässigt man die auf den Kopf der Bevölkerung

entfallenden Beträge an Vermögenssteuer in den ein-
zelnen Landesfinanzamtsbezirken, so stellt sich auch hier
wieder heraus, daß die östlichen Bezirke längst nicht
an den Reichsdurchschnitt von 6,3 Mark heranziehen.
Mit an letzter Stelle stehen Breslau mit 4,9, Bran-
denburg mit 4,7, Stettin mit 4,3, Oberschlesien mit
3,2 und Königsberg mit 2,9 Mark. In der Spar-
kassenstatistik haben die geringsten Einlagenbestände
je Kopf der Bevölkerung Ostpreußen, Oberschlesien,
Grenzmark Posen-Westpreußen und Niedererschlesien zu
verzeichnen. Das Arbeiterentkommen liegt bis teil-
weise 35 v. H. unter dem Reichsdurchschnitt. Der
ganze Umfang dieser Verfallscheinungen wird aber
erst offenbar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im
Zeitraum 1924 bis 1927 innerhalb Preußen von der
zwangsberechtigten Fläche 90 v. H. auf den Osten
und nur 10 v. H. auf die übrigen Provinzen ent-
fallen.

Nach dem bisher entrollten Bilde der Not ist
noch zu zeigen, welche Bedeutung den Ostprovinzen
innerhalb der deutschen Volkswirtschaft zukommt. Die
Ostprovinzen liefern für die Ernährungswirtschaft des
Reiches mehr an Lebensmitteln, als ihrer Einwohner-
zahl und ihrem Gebietsumfang entspricht. Die Bedeu-
tung der gewerblichen Produktion wird dadurch cha-
rakterisiert, daß in den Ostprovinzen insgesamt 1,782
Millionen Menschen in Industrie und Handwerk be-
schäftigt werden. Das sind 23 v. H. der in dieser
Gruppe in Preußen überhaupt Berufstätigen. An
Bodenschätzen besitzt allein Oberschlesien ungeheure
Werte: 8 Milliarden Tonnen Steinkohle, 11 Mil-
liarden Tonnen Zink und Bleierz und 3 Milliarden
Tonnen Eisenerze. Ihr Gesamtwert ist auf 100 Mil-
liarden Mark zu veranschlagen. Die volle Bedeutung
der Wirtschaftskraft der Ostmark tritt am klarsten in
Ercheinung, wenn man sich vor Augen hält, daß be-
nahe ein Viertel (23 v. H.) des Hochofengases Preu-
ßens auf die sechs Ostprovinzen entfällt. Die Ostpro-
vinzen sind ferner das Menschenvervoir, aus dem
das Reich ständig stark Kräfte für seinen Arbeitsmarkt
schöpft. In Ostpreußen ist festgestellt worden, daß von
dem im ersten Halbjahr 1929 Ueberwanderten sich zwei
Drittel im Alter zwischen 15 und 30 Jahren be-
fanden.

Die Verluste der sich aus der Notlage ergebenden
Abwanderung bleiben nicht auf Menschentrakt al-
lein beschränkt, sondern umfassen zugleich auch erheb-
liche wirtschaftliche Werte. Wenn auch die Provinzen
der Ostmark infolge der hohen Geburtenziffern — im
Reich entfallen auf 1000 Einwohner 18,4 Geburten,
in Oberschlesien 26,5 — inzwischen als Kinderwieg
des Reiches seit jeher gegolten haben, so sind doch
solche starke Einbußen an Lebenskraft (wie jetzt zu
verzeichnen sind) mehr als bedenklich für die Zukunft
der deutschen Sache im Osten. Die Selbsterhaltung
muß uns hier zu der Erkenntnis zwingen, daß das
Schicksal der Ostmark auch das Schicksal der Nation ist!

Groener zur Flottenkonferenz.

Die Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung —
Sicherheit gegen neue Hungerkriegen.
— Berlin, 27. Januar.
Reichswehraminister Groener genährte einem
amerikanischen Journalisten eine Unterredung über die
Stellung Deutschlands zur Londoner Flottenkonferenz.
Wie Deutschland bisher jede Maßnahme zur Ab-
rüstung der Landheere und der Kriegsschiffe tatkräftig
unterstützt habe, betonte Minister Groener, so schenke
Deutschland auch der Londoner Konferenz Sympathie.
Der Minister schätzte alsdann die lokale Er-
füllung des Pariser Vertrags durch Deutschland auf
der einen und den klaglichen Verlauf der Genfer Ab-
rüstungsverhandlungen auf der anderen Seite. Einen
greifbaren Erfolg hätten bisher nur die Amerikaner
erzielt; das Washingtoner Abkommen. Heute habe
Deutschland einen juristischen und moralischen Rechts-
anspruch auf die allgemeine Abrüstung aller Mächte.
Auf die Frage, welche Bedeutung die deutschen
Kriegsschiffbauten für die Seesabrigung hätten, er-
widerte Minister Groener treffend, daß die deutsche
Flotte in Versailles so radikal abgerüstet worden ist,
so daß sie den übrigen Flotten unterlegen sei. Neu-
bauten betreibe Deutschland aber nur da, wo alte
Schiffe — die schon aus Sicherheitsgründen für die
Verbindung nicht mehr verwendet werden dürften —
ersetzt werden müßten. Man solle doch nicht vergessen,
daß die deutschen Kanzereschiffe nur einen Ersatz für
Linienfahrzeuge darstellen. Es sei irreführend, die deut-
schen Kanzereschiffe mit den Kreuzern der anderen
Mächte zu vergleichen, da das deutsche Kanzereschiff —
die einzige schwere Schiffsklasse der Weltmeerflotte —
ganz andere Aufgaben zu erfüllen habe als die Kreuzer
der großen Seemächte.
Was nun die Stellung Deutschlands zur Frage
der Freiheit der Meere angeht, so halte Deutschland
an der seit mehr als einem Jahrhundert von den Ver-

einigten Staaten vertretenen Auffassung fest, daß die
Sicherheit der neutralen Handelsfahrbarkeit im Kriege
gewährleistet werden müsse. Die Vorkämpfer des Präsi-
denten Hoover am 11. Jahrestage der Beendigung des
Weltkrieges habe wieder eine wirklich positive Äuße-
rung zur Frage der Freiheit der Meere gebracht. Der
Gesandte, daß Nahrungsmittelschiffe in Kriegszeiten
genau so unverletzlich sein sollten, wie Hospitalfahrzeuge
in Deutschland, das wie kaum ein anderes Land
die Wirkungen der Hungerkatastrophen und ihre Folgen
auch für Frauen und Kinder gespürt habe, weitge-
hendste Sympathie gefunden.

Für Abschaffung der U-Boote.

Reichswehraminister Groener schloß mit den Wort-
ten: Deutschland kann nur wünschen, daß die Initiativen
der Vereinigten Staaten, für die Zukunft die Freiheit
der Meere durchzusetzen, vollen Erfolg haben möge!
Insbesondere kann Deutschland auch einen Beschluß
zur Abschaffung oder Beschränkung der Unterseeboote
nur begrüßen.

Angriffe gegen Macdonald.

— London, 27. Januar.
Die Flottenkonferenz in London bietet gegenwär-
tig ein unerfreuliches Bild. Man streitet sich darüber,
womit man anfangen soll. Amerika will mit den
Kreuzern beginnen, England mit den Beschäftizahlen,
Japan mit den Linienfahrzeugen und Frankreich selbst-
ständig mit den politischen Fragen. Macdonald ist
etwas ins Hintertreffen geraten, die französischen Zeit-
ungen sind dabei sogar so unhöflich, Angriffe gegen
Macdonald zu richten wie die, Macdonald sei nicht die
geeignete Persönlichkeit für die Leitung einer solchen
Konferenz, er verbeibe vor Marinefragen nichts und
sei nicht befähigt, ein Arbeitsprogramm zur Annahme
zu verhalten. Die Öffentlichkeit der Voller-
sammlungen ist niedergebriekt. Die Amerikaner ha-
ben drei den Sachverständigen reservierte Plätze den
Journalisten zur Verfügung gestellt.

Der Nachtragsetat 1929.

Die Einnahmeverhältnisse aus dem Youngplan werden für 1929
durch Fehlbeiträge im Haushalt angezehrt.
— Berlin, 27. Januar.

Im Nachtragsetat für 1929, der gegenwärtig dem
Reichsrat vorliegt, teilt das Reichsfinanzministerium
mit, nach der Festlegung des Jahresplanes durch den
Youngplan werde sich für das am 31. März ab-
schlossene Rechnungsjahr eine Ersparnis von 614 Mil-
lionen Mark ergeben, die jedoch durch den Fehlbetrag
im Haushalt für 1929 wieder aufgeföhrt werde. Es
sei deshalb sogar die Erhöhung der Reichswehr-
machtung um 275 Millionen Mark erforderlich. Der
größte Teil dieser Summe entfalle auf Darlehen für
die Arbeitslosenversicherung.

Das Auswärtige Amt fordert 467 000 Mark für
zweckmäßige werdende Anzüge. Das Innenmini-
sterium 650 000 Mark für die Kaiser-Wilhelm-Gesell-
schaft aus Anlaß der Wissenschaften. Die Kosten
aus Anlaß des Ablebens Dr. Stresemanns, die
auf das Reich übertragen wurden, werden schätzungs-
weise auf 120 000 Mark bemessen. Zur Durchfüh-
rung von Hilfsmaßnahmen zugunsten der deutsch-
russischen Kolonisten werden 6 Millionen angefordert, zur
Unterhaltung der Technischen Hochschule weitere 125 000
Mark. Im Arbeitsministerium wird für die Arbeits-
fürsorge ein Mehr von 30 Millionen angefordert.
Außerdem sollen zur Erleichterung der inhaftierten
Rechtsverteidigung 75 Millionen, sowie für den Aus-
bau der Invalidenversicherung 50 Millionen zur Ver-
fügung gestellt werden.

Der Etat für Versorgung und Ruhegehälter er-
fordert an Versorgungsgebühren für frühere An-
gehörige der Wehrmacht und für die Hinterbliebenen
solcher Angehörigen ein Mehr von 37,7 Millionen.
Diese große Mehrforderung ist dadurch entstanden, daß
der Schätzung im Hauptetat für 1929 eine Zahl von
775 000 Besoldigten zugrunde gelegt worden war,
während diese Zahl sich seitdem bereits auf 815 000
erhöht hat.

Die schwierige Kassenlage des Reiches und
der unangünstige Stand des Geldmarktes in Deutschland
spiegeln sich in einer Forderung von 25,7 Millionen
wieder, die im Haushalt der Reichsfinanzverwaltung für
die kurzfristigen Kreditoperationen des
Reiches verlangt werden. Im Etat der Finanzverwal-
tung werden 14,9 Millionen mehr an Löhnen abge-
wiesen. Der Haushalt für die Kriegslasten steht
unter den inneren Kriegslasten bei den Ausgaben
für die besetzten Gebiete, die Grenzgebiete und das
Saargebiet ein Mehr von 65,9 Millionen vor.

Unter den Einnahmen der Finanzverwaltung wird
ein Minus von 133 Millionen Mark ausgewiesen.

Sammeln Sie unsere wertvollen Gutscheine!